

Breslauer



Zeitung.

Freitag den 15. Februar 1856.

Nr. 78

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Stockholm, 8. Februar. Der König hat gestern in einer Sitzung des norwegischen Staatsraths den Kronprinzen zum Vice-König von Norwegen ernannt.

Paris, 14. Februar, Nachmittags 3 Uhr. An der Börse versicherte man, die Bank werde den Berfalltag auf Wechsel wieder auf 90 Tage ausdehnen. Consols von Mittags 12 Uhr waren ¾ pGr. höher als gestern, 92%, gemeldet. Die 3pGr. Rente eröffnete zu 73, 90, stieg auf 74, 05, sank wiederum auf 73, 90 und stieg gegen Ende der Börse auf 74, 15. Börsenschluß zur Notiz sehr fest. Alle Industrie- und Wertpapiere in fester Haltung. Consols von Nachmittags 1 Uhr waren gleichlautend 92% eingetroffen. — Schluss-Course:

3pGr. Rente 74, 10. 4½ pGr. Rente 96, 15. 3pGr. Spanier 37½. 1pGr. Spanier —. Silber-Anleihe 88. Österr. Staats-Eisenbahn-Aktien 89. Credit-Mobilier-Aktien 1580.

London, 14. Februar, Nachmittags 1 Uhr. Consols 92%.

Consols 92%. 1pGr. Spanier 23%. Mexikaner 20%. Sardinier 89%.

5pGr. Russen 104. 4½ pGr. Russen —.

Das fällige Dampfboot aus New York ist eingetroffen.

Wien, 14. Februar, Nachmittags 1 Uhr. Salutens etwas niedriger. —

Silber-Anleihe 87. 5pGr. Metall. 83%. 4½ pGr. Metalliques 73½.

Bank-Aktien 1032. Nordbahn 246%. 1854er Loos 136. 1854er Loos 104%. National-Anleihe 85%. Österr. Staats-Eisenbahn-Aktien-Gert. 251%. Bank-Int.-Schiene 268. Credit-Akt. 288%. London 10, 18. Augs. 105%. Hamburg 77½. Paris 122%. Gold 10%. Silber 7.

Frankfurt a. M., 14. Februar, Nachmitt. 2 Uhr. Für mehrere österr. Fonds und Aktien mattre Haltung. Eisenbahn-Aktien ohne wesentlichen Umfang niedriger. — Schluss-Course:

Neueste preußische Kassenscheine 105. Köln-Windener Eisenbahn-Anleihe —. Friedrich-Wilhelms-Nordb. 62%. Ludwigs-hafen-Webach 157%. Frankfurt-Hanau 80%. Berliner Wechsel 105.

Pamberg-Wechsel 88%. London Wechsel 119%. Paris Wechsel 93%.

Amsterdam-Wechsel 100%. Wiener Wechsel 114%. Frankfurter Bank-Antheile 121. Darmst. Bank-Aktien 321. 3pGr. Spanier 38. 1pGr. Spanier 24½. Kurfürstliche Loos 39%. Badische Loos 47%. 5pGr. Metallique. 79%. 4½ pGr. Metall. 70%. 1854er Loos 99%. Österreich. National-Anleihe 81%.

Österreichisch-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 288. Österr. Bank-Antheile 1172. Österreichische Credit-Aktien 141.

Amsterdam, 14. Februar, Nachmittags 4 Uhr. Spanische Fonds gedruckt. — Schluss-Course:

5pGr. Österreich. National-Anleihe 78%. 5pGr. Metalliques Litt. B. 83%. 5pGr. Metall. 76%. 2½ pGr. Metalliques 39%. 1pGr. Spanier 23%. 3pGr. Span. 37%. 5pGr. Stieglitz 88%. 5pGr. Stieglitz de 1855 90. 4pGr. Polen —. Mexikaner 20%. Londoner Wechsel, kurz 11, 85. Wiener Wechsel 33. Hamburger Wechsel, kurz 35%. Petersburger Wechsel 1, 79. Holländische Integrale 63%.

Hamburg, 14. Februar, Nachmittagn 2½ Uhr. Anfangs fest, gegen

Schluss der Börse flau. Credit-Aktien 143%, Staats-Eisenbahn-Aktien 870.

— Schluss-Course:

Preußische 4½ pGr. Staats-Anleihe 100 Br. Preuß. Loos 111%. Öster-

reichische Loos 117. 3pGr. Spanier 35%. 1pGr. Spanier 22½.

Königlich-Stieglitz de 1855 90%. Berlin-Hamburger 112%. Köln-

Mindener 166. Mecklenburger 53%. Magdeburg-Wittenberg 49.

Berlin-Hamburg 1. Priorität 102%. Köln-Windeln 3. Priorität 90. Dis-

konto —.

Großdeemarkt. Weizen still. Roggen still u. matt, obwohl Inha-

ber größtentheils noch auf frühere Preise halten. Getreide, pro Februar 31,

pro Mai 30%, pro Oktober 27%. Kaffee unverändert 4%. Zink ohne

Geschäft.

Liverpool, 14. Februar. Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz.

Preise gegen gestern unverändert.

Telegraphische Nachrichten.

London, 12. Februar. Das Dampfschiff "America" ist gestern mit der Post aus New York vom 29. Januar in Liverpool eingetroffen. Es war dem Repräsentantenhaus noch nicht gelungen, sich einen Sprecher zu wählen. — Man glaubte, Banks werde auf seine Kandidatur verzichten. — Da die Entschädigung der Repräsentanten nicht bezahlt wurde, so war der Quästor (Sergeant at arms) gezwungen gewesen, auf seine persönliche Verantwortlichkeit bei den Bantiers die nötigen Summen zu lehnen, um den Mitgliedern des Hauses Vorhüsse machen zu können. — Die Frage in Bezug auf Central-Amerika war am 29. Januar im Senat beraten worden. Es hatte sich gegen die Ansprüche Englands auf ein Protektorat über das Moskitogebiet ausgeprochen. Nach einer ziemlich langen Beratung hatte sich der Senat auf den 31. Januar vertragt. — Wie man sagte, war George Dallas ernannt, um Buchanan als nordamerikanischen Minister in London zu ersetzten. — Die Nachrichten aus Vera Cruz sind vom 22. Januar. Haro Tamires hatte versucht, die Republik zu stürzen und das Kaiserreich zu proclaimieren. Er belagerte mit einem mächtigen Heere Puebla, eine Stadt von 75,000 Seelen, die südwestlich von Mexiko liegt und Hauptort des Departements desselben Namens ist.

Kopenhagen, 13. Februar. Im Reichsgerichte wurde heute die Dokumentation beendet; morgen beginnt der eigentliche Prozeß. (G. G.)

Vom Kriegsschauplatze.

Aus dem Lager vor Sebastopol haben wir hier Nachrichten vom 28. und 29. Januar. Die zuletzt mitgeteilten, daß die den Franzosen zugethielten Docks vollkommen gesprengt sind, bestätigen sich, und das Wenige, was den Engländern zu thun übrig war, ist zur Stunde wohl auch gehan.

Wenn englischen Korrespondenten zu trauen ist, haben ihre Ingenieure wohl langsamer, aber besser gearbeitet,

insofern sie die schweren Dock-Einfassungen konzentrisch zusammen-

wurzen, während die französischen Minen sich mit bloßen vertikalen Sprengungen begnügten. Dazu hatten die Engländer ein bei weitem schwierigeres Terrain zu überwinden, da ein Theil ihrer Dock-Einfassungen von Kalkfelsen gebildet war, während die französischen durchaus gemauert waren.

Wie dem auch immer sein mag, die prachtvollen Docks existiren jetzt nicht mehr, und es soll ein ganz merkwürdiger Anblick sein, in den wüsten Trümmerhaufen der einst so schmucken Bassins hinabzuschauen. Die Russen waren bis auf den letzten Moment

nicht müde geworden, ihre Kugeln nach jenen Punkten abzusenden, wo

sie die arbeitenden Ingenieure vermuteten, aber trotzdem sie mitunter

sehr geschickt zielen, war ihr Pulver doch umsonst verpusst.

Im Ganzen läßt sich wohl sagen, daß die Sprengungs-Operationen mit

weniger Unfällen, als dies sonst der Fall zu sein pflegt, verbunden waren.

Durch herabfallende Steinrümmer ist keine Seele beschädigt worden; nur am 26. Januar verloren die Engländer einen Mann

unter folgenden Umständen. Nach der Sprengung des Dockhöres an jenem Tage wurden nämlich mehrere in einem benachbarten Schachte arbeitende Sappeurs durch das Einströmen atmungsunfähiger Gase überrascht und besiebunglos gemacht. Es gelang, sie alle, mit Ausnahme eines Einzelnen, zur Besinnung zurückzurufen, und auch dieses nur, nachdem sich andere Sappeurs mit Lebensgefahr in den verpesteten Schacht hinabgewagt hatten. — Die Witterung war wieder annehmbar und die Straßen des Lagers waren trockner geworden. Die Friedensgerüchte waren, wie sich leicht denken läßt, das Hauptthema der Unterhaltung, wenn auch nicht Allen ein erwünschter Einstweilen sind Lieferungs-Kontrakte in Konstantinopel, Malta u. gekündigt worden. Im Quartiermeister-Stabe war man der Ansicht, daß es ein Jahr dauern würde, bis alle Requisiten aus der Krim nach Hause geschafft werden könnten.

Aus Kertsch, 24. Januar, schreibt man der "Times": Da die starken Südwinde endlich das Eis aufgehaut haben, können wir mit der Landung von Borräthe rascher fortfahren, und die Transportschiffe in der Bucht müssen wieder ihre Boote und Eichter in Bewegung setzen, sehr zu ihrem Verdruss, denn die Eisbrücke war ihnen bequemer. Wir dagegen sind über den Witterungswandel voller Freuden, denn bei den täglichen Gerüchten, daß die Russen über den gefrorenen Seearm heranmarschirten wollen, war unsere Position nicht die behaglichste. Unsere tatarischen Spione melden uns seit einem Monat fortwährend, daß ein großer Haufe Russen sich bei Argin verschanzt, woraus zu schließen ist, daß sie entweder einen Angriff auf Kertsch vorhaben oder nochmals die Landzunge von Arbat benutzen, um Borräthe in das Innere der Krim zu schaffen. Letzteres ist das Wahrscheinlichste. Inzwischen ist General Vivian nicht müßig gewesen, und hat trotz seiner beschränkten Mittel Kertsch so festgesetzt, daß es einer Armee von 30,000 Mann Trost bieten kann. Dem Mangel an Positions geschützen ist Dank dem Obersfeldherrn vor Sebastopol und dem Seriässer in Konstantinopel, jetzt auch abgeholfen; der letztere hat uns nämlich einige schöne 32-Pfünder aus der Gießerei von Tophane geschickt. Unser Fort Paul ist ein zweiter Malakoff; die türkischen Soldaten haben unter der Leitung von Major Stokes wieder einmal gezeigt, was sie für tüchtige Schanzgräber und Erdarbeiter sind. Am 6. d. (russ. Weihnacht) stateten uns die Kosaken einen Besuch ab. Ein Haufe von etwa 5000 kam bis auf 4—5 engl. M. von Kertsch: Alles war auf dem Qui vive und selbst das fest eingefrorene Kanonenboot "Weser" hatte seine Geschüze so gerichtet, um mit Bomben u. Päckchen über die Stadt wegfeuern u. die Jenikale zu beschließen zu können. Als jedoch unsere Artillerie zurückkam, zogen sich die Kosaken zurück. Am Abend kehrten sie wieder und legten die 6 engl. M. entfernte spanische Meierei in Uisce. Wir hatten von dort bisher reichliche Borräthe bezogen. Der Gesundheitszustand des Kontingents läßt nichts zu wünschen übrig. Alle Departements sind in bester Ordnung, und das Kommissariat hat Proviant auf 4 Monate liegen. Nur das Landtransportkorps wird einer Verstärkung bedürfen, da das Kontingent selbst um 8000 Mann vermehrt ist. In Jenikale haben die Leute vom 71. Regiment ein prächtiges Theater eingerichtet und spielen einmal wöchentlich vor einem zahlreichen Publikum; unsere Türken dagegen geben einander Soireen und unterhalten sich beim Kaminfeuer auf echt morgenländisch mit Märchenzählen.

Aus Tiflis bringt die neueste Nummer des "Kavkas" Nachrichten bis zur Mitte des Januar. Man überließ sich dort noch immer dem Eindruck, den die glückliche Befriedigung des Feldzuges in der asiatischen Türkei gemacht hatte, und Alles trug dazu bei, diesen Eindruck lebhaft zu erhalten. So wurden am Abend des russischen Weihnachtsfestes hundert in Kars erbeutete bronzenen Feldgeschütze, theils von englischem, theils von türkischem Guß, in feierlicher Weise in die Stadt gebracht. Artilleristen mit brennenden Luntens gingen nebenher; ein Bataillon, welches sich bei dem Sturm am 29. September besonders ausgezeichnet hatte, begleitete sie und wurde von Murawieff selbst bewilligt. Unter den Geschützen befanden sich 24pfündige; in Alexanderpol soll eine bedeutende Anzahl größerer Kalibers geblieben sein. Murawieff ließ in seiner Freundlichkeit gegen die gefangenen Pachas nicht nach, die er der Reihe nach zur Tafel lud und die allmälig nach Moskau dirigirt wurden. Im Ganzen waren schon 582 gefangene Stabs- und Oberoffiziere und mehrere Tausend Gemeine in Tiflis eingetroffen. Die Bürger nahmen sich menschenfreudlich gegen sie und beschenkten sie mit Geld und Lebensmitteln reichlich. In den letzten Tagen war ein anderer Gast dort eingetroffen, der Fürst Malakias Gurjeli, der sich während des letzten Feldzuges als treuer Bundesgenosse der Russen bewiesen, indem er am Tscholok die Einfälle der Türken abgewehrt und die zurückgelassenen Depots und Borräthe der Division Brunners treu bewacht hatte. Der Fürst wurde natürlich mit besonderen Ehren aufgenommen.

Aus dem Lager vor Sebastopol haben wir hier Nachrichten vom 28. und 29. Januar. Die zuletzt mitgeteilten, daß die den Franzosen zugethielten Docks vollkommen gesprengt sind, bestätigen sich, und das Wenige, was den Engländern zu thun übrig war, ist zur Stunde wohl auch gehan.

Wenn englischen Korrespondenten zu trauen ist, haben ihre Ingenieure wohl langsamer, aber besser gearbeitet, insofern sie die schweren Dock-Einfassungen konzentrisch zusammenwurzen, während die französischen Minen sich mit bloßen vertikalen Sprengungen begnügten. Dazu hatten die Engländer ein bei weitem schwierigeres Terrain zu überwinden, da ein Theil ihrer Dock-Einfassungen von Kalkfelsen gebildet war, während die französischen durchaus gemauert waren. Wie dem auch immer sein mag, die prachtvollen Docks existiren jetzt nicht mehr, und es soll ein ganz merkwürdiger Anblick sein, in den wüsten Trümmerhaufen der einst so schmucken Bassins hinabzuschauen. Die Russen waren bis auf den letzten Moment nicht müde geworden, ihre Kugeln nach jenen Punkten abzusenden, wo sie die arbeitenden Ingenieure vermuteten, aber trotzdem sie mitunter sehr geschickt zielen, war ihr Pulver doch umsonst verpusst. Im Ganzen läßt sich wohl sagen, daß die Sprengungs-Operationen mit weniger Unfällen, als dies sonst der Fall zu sein pflegt, verbunden waren. Durch herabfallende Steinrümmer ist keine Seele beschädigt worden; nur am 26. Januar verloren die Engländer einen Mann

Tagesordnung gerichtet, von dem Hause bereits in der Sitzung vom 19. Januar d. J. angenommenen, Antrags auf die in dem ersten Berichte angeführten Gründe zu verweisen. Mehrere andere weitergehende Petitionen, welche theils von der Gesetzgebung nachhaltige Maßregeln zur Verdrängung des Brauntweins als Volksgetränk, theils gänzliche Schließung der Brennereien und gänzliche Untersagung des Brauntwein-Verkaufs verlangen, hat zwar die Kommission einer nochmaligen Berathung unterzogen, sie hat indessen in Beziehung auf erstere ihr früheres Votum: sie der Regierung zur Erwägung zu übermitteln, aufrecht erhalten, und rücksichtlich der letzten den Übergang zur Tagesordnung empfohlen. Der bei der Berathung anwesende Regierungs-Kommisarius hat wiederholt die Erklärung abgegeben, „daß das Gesetz vom 7. Februar 1835, betreffend die Concessionierung von Schankstätten und des Kleinhandels mit geistlichen Getränken, den Behörden bereits alle rathsmannischen Mittel an die Hand gebe, die Schankstätten und den sonstigen Brauntweinverkauf auf das örtliche Bedürfnis zu beschränken, und es sei keine gegründete Veranlassung anzuerkennen, im Wege der Gesetzgebung weiter einzuschreiten. Es sei nur die strenge Beobachtung dieses Gesetzes erforderlich, und daß diese mit aller Sorgfalt überwacht werde, beweise der Umstand, daß erst vor zwei Monaten an sämtliche Regierungen die Anweisung ergangen sei, für jeden Kreis und jeden Ort die Seelenzahl und die Zahl der vorhandenen Schank- und Brauntweinverkaufsstätten zu ermitteln und einzuberichten, um auf Beseitigung der örtlichen Bedürfnis übersteigenden Schankgelegenheiten unausgesetzt hinzuwirken zu können. Auch die in einer Petition in Bezug genommenen Vorgänge in New-York, und die dortige Einführung des Main-Gesetzes (welches bekanntlich den öffentlichen Verkauf des Brauntweins untersagt), seien der Aufmerksamkeit der Staatsregierung keineswegs fremd geblieben, vielmehr habe dieselbe darüber bereits Erfundungen eingezogen, in Folge deren schon jetzt mitgetheilt werden kann, daß es sehr zweifelhaft sei, ob dies vor nicht langer Zeit im Staate New-York eingeführte Gesetz sich bewähren werde, da dasselbe auf Widerspruch gestoßen sei, und dieser gerichtlichen Schutz gefunden habe. Nur im Staate Maine selbst solle das gedachte Gesetz, und zwar durch Mitwirkung einer geistlichen Sekte, durchgeführt worden sein.“ — Die bis jetzt vorliegenden Berichte der Budget-Kommission contrastiren in einem sehr wesentlichen Punkte mit denen der letzten Session, in welcher diese Kommission überwiegend aus Mitgliedern der linken Fraktionen zusammengesetzt war. An die Stelle zahlreicher, allerdings größtentheils bei der Plenar-Berathung verworfenen Erinnerungen ist einhellige Zustimmung zu allen Positionen getreten. Dieselbe spricht auch der über die Güte der Domänen- und Forst-Berathung erstattete Bericht aus; die Gesamt-Gewinnahme wird auf Höhe von 9,451,877 Thlr., also 57,780 Thlr. weniger als im vor. Jahre, und die Gesamt-Ausgabe auf Höhe von 3,578,390 Thlr. (mithin 450 Thlr. mehr als im vorigen Jahre) genehmigt, der Rein-ertrag beläuft sich sonach auf 5,873,487 Thlr. — Der nunmehr den Abgeordneten gedruckt zugegangene Entwurf einer Novelle zum Bergrecht bestätigt die Wichtigkeit dieser Vorlage für alle bergbau-treibenden Provinzen, und insbesondere für Schlesien, da er auch das nur dort und im Magdeburg-Halberstädtischen Particularrecht sich geltende Rechtsinstitut des Dominial-Mitaurechtes wesentlich berührt; indessen kann bei dem Ursange, den eine eingehende Befreiung*) fordert, hier nur auf die große Bedeutung dieses Gesetzes hingewiesen werden. — Als einen bekannten und aus früheren Sessonen begrüßten wir den von den Herren v. Plötz und v. Beelow beantragten Gesetzentwurf, die erleichterte Umlandung vom meherscher Lehen in Fideicommissa betreffend, über welchen der Bericht der Justizkommission des Herrenhauses vorliegt, welcher dem Vorschlag beipflichtet. Bei dem singularen Interesse dieses Gegenstandes begnügen wir uns hervorzuheben, daß zur Begünstigung der Umlandung der nach landrechtlicher Bestimmung erforderliche Reinertrag eines zu einem beständigen Familien-Fideicommissa bestimmten Landgutes von mindestens jährlich 2500 Thlr., auf 2000 Thlr., und die gesetzlich für solche Stiftungen auf 3 pGr. des Gesamtwerthes bestimmte Stempelsteuer bis auf den dritten Theil herabgesetzt werden soll. Die Staatsregierung beabsichtigt nicht, das in voriger Session vorgelegte Jagdpolizeigesetz, über welches keine Einigung zwischen den beiden Häusern zu erzielen war, von Neuem in dieser Session einzubringen. Indessen wird dieser Gegenstand durch einen im Herrenhause gestellten Antrag des Grafen Izenplis: „die Staatsregierung zu ersuchen, spätestens in der folgenden Sitzung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher 1) die durch das Jagdgesetz vom 31. Oktober 1848 geschehene Rechtsverletzung führt, und die dadurch aufgehobenen, unzweckhaften und wohl erworbenen Rechte irgendwie zur Anerkennung bringt; 2) abgesehen von der ersten vorstehend bereiteten Aufgabe eine für alle Befreiungen gleichmäßig gute und genü

ner. — Gestern Abend fand im königl. Schlosse die Aufführung der lebenden Bilder und darauf Souper statt, zu welchem über 400 Personen geladen waren. — Ihre königl. Hoheit die Prinzessin von Preußen reist heute früh nach Weimar, in Begleitung Höchstthürer Tochter, der Prinzessin Louise königl. Hoheit, und wird daselbst einige Tage zum Besuch verweilen. Darauf begeben sich Ihre königl. Hoheiten nach Koblenz. Wie es heißt, wird die Vermählung Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Louise mit Sr. königl. Hoheit dem Prinz-Regenten von Baden im Oktober d. J. stattfinden. — Se. Durchlaucht der Fürst zu Schönburg-Waldenburg ist gestern früh nach Leipzig abgereist. — Der großherzogl. weimarsche Ober-Kammerherr, königl. preuß. Kammerherr v. Werther, begab sich gestern nach Weimar. — Der großherzoglich hessen-darmstädtische interim. Gesandte am hiesigen Hofe, Baron v. Biegeleben, traf gestern Vormittag von Darmstadt hier ein. (Zeit.)

Ihre Majestäten der König und die Königin werden vom nächsten Montag ab Allerhöchste Residenz wieder im Schlosse zu Charlottenburg nehmen. — Ihre königl. Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Friedrich Carl von Preußen werden, wie wir hören, heute Nachmittag das königl. Schloss verlassen und Höchstthürer Aufenthalt wieder im Stadtschlosse zu Potsdam nehmen. — Der Generalleutnant v. Schack hatte heute die Ehre, zur f. Tafel gezogen zu werden. Eben so der von Warschau hier eingetroffene Oberst v. Busse, Kommandeur des 1. Infanterie-Regiments, und Major Graf von Kalkreuth vom 8. Ulanen-Regiment. — Der kaiserl. russische Bevollmächtigte bei den pariser Konferenzen, General Graf Orloff, wird nicht schon heute hier eintreffen, sondern wahrscheinlich übermorgen, da derselbe erst am Montag St. Petersburg verlassen hat. — Wie wir hören, hat die vom Chef der Ingenieure und Pioniere bereits vor längerer Zeit beantragte Vermehrung der Offiziere des Ingenieur-Korps die allerhöchste Genehmigung erhalten und dürfte binnen Kurzem in's Leben treten. Hierauf sollen 18 neue Stellen gegründet werden, und zwar 3 für Stabssoffiziere, 4 für Hauptleute, 4 für Premier-Lieutenants und 7 für Sekonde-Lieutenants. (N. Pr. 3.)

[Herrenhaus.] Die XI. Kommission für Finanzsachen besteht aus den Herren v. Diesberg, Vorsitzender, v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Stellvertreter derselben, v. d. Marwitz, Schriftführer, Groddeck, Stellvertreter derselben, Graf v. Ikenplis, Graf v. Merveldt, Graf v. Dönhoff, Graf v. Malan, Fehr v. Budenbrock, Graf v. Nittberg, Fehr v. Sanden-Toussaint, v. Meding, Dr. Brüggemann, v. Keller und Graf zu Lynar.

Die gleichfalls gestern konstituierte XII. Kommission zur Beratung des Gesetzesentwurfs über die Ausungen und Kosten aus der vorläufigen Straf-festsetzung wegen Übertretungen besteht aus den Herren F. v. Gaffron, Vorsitzender, Graf v. Sandreky-Sandraschütz, Stellvertreter derselben, Beyer, Schriftführer, Hammers, Stellvertreter derselben, v. Kleist, v. Körber, Graf v. Keyserling, Nellesen, Graf v. Voß-Buch, Fabritius, Hasselbach, v. Merlin, Graf v. Schlieffen, Fehr v. Ende und Fehr v. Oldershausen. — Graf Ikenplis mit Genossen hat einen Antrag auf Gesetzesvorlage in der Jagdberechtigungsfrage eingebracht. Derselbe lautet: „Das Herrenhaus möge die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag der Monarchie spätestens in der nächstfolgenden Sitzung einen Gesetzesentwurf vorzulegen, welcher 1) die durch das Jagdgesetz vom 31. Oktober 1848 geschehene Rechtsverlegung aufhebt und die dadurch aufgehobenen, unzuverlässigen und wohlerworbenen Rechte irgendwie zur Anerkennung bringt, 2) abgesehen von der ersten vorstehend bereagten Aufgabe eine für alle Bevölkerungen gleichmäßige gute und genügende Jagdpolizei sicherstellt.“ Die Motiva lauten: Ein so gewaltiger Eingriff in so unzuverlässige nutzbare Rechte, wie ihn das Gesetz vom 31. Oktober 1848 enthält, kann nicht ohne Weiters auf sich berufen bleiben, er würde — gefährlich dies — die Rechts Sicherheit und das Rechtsbewusstsein im Lande untergraben. Das Jagdgesetz vom 7. März 1850 genügt — wie allgemein anerkannt ist — zur Handhabung guter Jagdpolizei nicht und bedarf wesentlicher Ergänzungen.

[Haus der Abgeordneten.] Der Schon erwähnte Antrag des Abg. Otto lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung aufzufordern, daß sie bald das Ereignisse veranlassen möge, damit der westpreußische und der polnische Säkularisations-Fonds in ihrem ganzen Umfang künftig nur zu katholischen kirchlichen Zwecken verwendet werden. Unterstutzt ist der Antrag von 65 Mitgliedern, zumeist aus der Fraktion Reichsberger. — Die Abg. Graf Strachwitz und Genossen haben bekanntlich einen ähnlichen Antrag gestellt. In die Kommission zur Beratung der Anträge Graf v. Strachwitz und Otto hat die dritte Abtheilung einstimmig (was sonst fast niemals vor kommt) den katholischen Abgeordneten v. Mallinckrodt und den Abgeordneten v. Gerlach, den Vorsitzenden dieser Abtheilung, gewählt. Letzterer ist hierauf in dieser Kommission auch zu deren Vorsitzenden gewählt worden. Hierauf, besonders aus jener Einstimmigkeit, darf man wohl auf eine (so sehr wünschenswerthe) verblümliche Stimmung der Konfessionen gegen einander in Beziehung auf diese zarten Religionsfragen schließen. Zum Stellvertreter des Vorsitzenden in der Kommission ist der Abg. Graf Strachwitz, zum Schriftführer der Abg. Becker gewählt.

Gestern wurde bei den Abgeordneten die Kommission gewählt, welche sich von Seiten derselben bei Verwaltung der Staatschulden zu beteiligen hat. Bisher bestand dieselbe aus den Abg. v. Patow, Kühne u. Carl; an Stelle derselben sind aber jetzt die Abg. Büchtemann, Lehner und Fehr v. Hertefeld — also drei Mitglieder der Rechten — gewählt worden. Der Geschäftsbereinlichkeit wegen werden für dieses Amt in der Regel Abgeordnete gewählt, die in Berlin ansässig sind. (N. Pr. 3.)

Die Landgemeinde-Verfassung der sechs östlichen Provinzen.

II.

Durch die Vorschriften des Gesetzes vom 24. Mai 1853 wurde im Wesentlichen der Zustand der ländlichen Kommunal-Verfassungen, welcher vor Erlass der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 vorhanden war und inzwischen tatsächlich fortbestanden hatte, mit gesetzlicher Kraft definitiv wieder hergestellt. Bei den Verhandlungen der zweiten Kammer über den Entwurf dieses Gesetzes erhielt der § 2 derselben den Zusatz, daß die Wiederinfestigung der früheren Gesetze über die Landgemeinde-Verfassungen insoweit erfolgen solle, als dieselben mit den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde nicht im Widerspruch ständen. Die Staatsregierung wie die erste Kammer nahmen diesen Zusatz an, indem ihnen naturgemäß das Verlangen nahe lag, im Staate neben einander bestehende organische Gesetze nicht in möglicher Widersprache mit einander geraten zu lassen, während andererseits Abänderungen der Verfassungs-Urkunde in beiläufiger Weise oder auf indirektem Wege nicht angemessen erscheinen konnten. An dem Prinzip und der praktischen Durchführung dagegen, was im Gesetz vom 24. Mai 1853 ausgesprochen worden, wurde dadurch nichts geändert, zumal der Artikel 105 der Verfassungs-Urkunde selbst eine andere Gestalt erhielt. Denn die Regierung beantragte, wie schon erwähnt, keineswegs bloss die Aufhebung der Gesetze vom 11. März 1850, sondern gleichzeitig auch die Aufhebung oder Modifikation dieses Verfassungs-Artikels als des eigentlichen Sitzes der Materie, um in solcher Weise für die ferneren Schritte der Gesetzgebung freies Feld zu gewinnen. Von den wenigen Gesichtspunkten war die Staats-Regierung schon bei ihren früheren Vorlagen in Betreff der Aufhebung der bezüglichen Bestimmungen des Artikels 42 ausgegangen, indem sie auch hier den Zweck verfolgte, Widersprüche zwischen der Verfassungs-Urkunde und Errichtungen von rechtlicher wie von praktisch bewährter Geltung zu beseitigen. Der Art. 105, wie er jetzt lautet, schreibt der Gesetzgebung für die Zukunft keine Normen mehr vor. Derselbe verheist nicht mehr eine künftige Gesetzgebung über das Kommunalwesen, sondern bestimmt schon jetzt die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden durch besondere Gesetze. Mit den Gesetzen vom 24. Mai 1853 ist also ein entschiedener legislativer Wendepunkt zu Tage getreten. Es wird darin die Richtung, welche die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 verfolgte, vollständig aufgegeben und durch Übereinstimmung sämmtlicher legislativen Faktoren anerkannt, daß die geschichtlich hergebrachten Verfassungen der Landgemeinden für das ländliche Kommunalwesen der östlichen Provinzen auch fernerhin die Grundlage bilden sollen. Schon früher war die Staats-Regierung ihrerseits, sobald die Überzeugung von der Unausführbarkeit der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 sich ihr aufdrängte, sofort zur Ausarbeitung von Vorlagen anderer Richtung geschritten. Bereits unter dem 26. August 1851, also noch ehe der allerhöchste Erlass vom 19. Juni 1852 die Siftung der weiteren Durchführung der Gemeindeordnung vorschrieb, wurde den wieder ins Leben getretenen Provinzial-Landtagen eine Denkschrift zur Erwägung übergeben, in welcher die Frage behandelt war: ob nicht unter Beibehaltung und Zugrundelegung der bishe-

rigen ländlichen Kommunal-Verfassungen, und an dieselben anschließend, besondere, mittelst Provinzial-Statuten weiter auszubildende Landgemeinde-Ordnungen zu erlassen sein würden. Diese Provinzial-Statuten sollten unter Mitwirkung der Provinzial-Landtage zu Stande kommen. Die hierauf abgegebenen Erklärungen der Landtage stellten den großen Werth und die Vorzüglichkeit der bestehenden Verfassungen heller in das Licht, indem sie gleichzeitig durch die erweiterten thatlichen Auskünfte wichtige Materialien für die weiteren legislativen Verhandlungen über den Gegenstand beibrachten. In Folge dessen wurde den Kammer in der Session von 1851—52 der Entwurf eines das ländliche Gemeinde- und Polizeiwesen umfassenden Gesetzes vorgelegt, welcher die Hauptgrundzüge für die Landgemeinde-Ordnungen der Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen enthielt. Diese Vorlage wurde zwar von der ersten Kammer, so wie von der Kommission der zweiten in ihren wesentlichen Punkten genehmigt, kam aber nicht zur vollständigen Erledigung. Nach dem Prinzip derselben folten die bisherigen ländlichen Kommunalverfassungen, welche die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 gänzlich befehlten und durch eine neue gleichförmige, sämmtliche Kommunen des Staates umfassende Gesetzgebung ersetzen wollte, beibehalten und auch für die Zukunft zur Grundlage genommen werden. Gleichwohl verfolgte man aber den Zweck, zwar nicht mehr für die Landgemeinden in der ganzen Monarchie, doch aber für diejenigen in jeder der sechs östlichen Provinzen provinzielle Gemeinde-Ordnungen zu erlassen, für die durch ein Gesetz gemeinsame Grundzüge aufgestellt wurden, während die Fortbildung dieser sechs einzelnen Gemeinde-Ordnungen im statutarischen Wege nicht den Gemeinden selbst, sondern den Provinzial-Landtagen vorbehalten blieb, wenn auch daneben im § 13 des Entwurfs die Befugnis, Ortsstatuten zu errichten, in gewissem Maße den einzelnen Gemeinden eingeräumt ward. Demnach sollte also das für die sechs östlichen Provinzen in ihrer Gesamtheit bestimmte Gesetz einerseits die unter landesherrlicher Genehmigung ausübende Mitwirkung der Provinzialstände bei Feststellung der provinziellen Gemeindeordnungen, und anderthalb die in der Aufstellung der Ortsstatuten sich äußernde Autonomie der Gemeinden normieren. Augenscheinlich war bei dieser Vorlage, die den Gesetzen vom 24. Mai 1853 um mehr als ein Jahr vorausging, der bei Auffassung der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 leidende Grundgedanke allgemeiner Kodifikation noch nicht vollständig aufgegeben. Die einheitliche Gestalt, welche man dort den Gemeindeverfassungen in der ganzen Monarchie zu geben beabsichtigte, wurde hier, wenn auch in beschränkterem Maße und mit mehr Schönung der gegebenen Verhältnisse, bei den allgemeinen Grundzügen für die Gesamttheit der sechs östlichen Provinzen, und bei der provinziellen Gesetzgebung für den Umfang jeder einzelnen derselben in Aussicht genommen. Indessen kam daneben auch das entgegengesetzte Prinzip schon zur Anerkennung, indem der Satz aufgestellt ward: die nach gewissen für die sechs Provinzen gemeinsamen Hauptgrundzügen zu erlassenden provinziellen Gemeinde-Ordnungen sollten unter Beibehaltung und Zugrundelegung der bisherigen ländlichen Gemeindeverfassungen zu Stande kommen. (Preuß. Korresp.)

B. Lissa (Großherzogthum Posen), 12. Febr. [Schottki's Vortrag über Bevölkerung. — Theater-Konzeßion. — Verschwinden eines jungen Kaufmanns. — Tiedemann u. J.] Meiner früheren Verheissung gemäß bringe ich Ihnen heute nachträglich eine Skizze des von unserm Staatsanwalt Schottki im hiesigen wissenschaftlichen Verein jüngst gehaltenen Vortrages „über die westfälische Bevölkerung.“ In der Einleitung zum Gegenstande seines Vortrages berührte der Redner die Verhältnisse und Vorurtheile, welche in Folge unserer Roman-Literatur und aus Unkenntniß der Institution, selbst in gebildeter und unterrichteter Kreisen, sich verbreitet finden. Nach einer geographischen Begrenzung des ursprünglichen Bodens, auf dem die Wirksamkeit der Bevölkerung stattgefunden (als denselben bezeichnete er einen Theil des Westfälischen Landes, gemeinhin die rothe Erde genannt), ging der Vortragende zur Institution selbst über. Diese verdankt ihre Entstehung Kaiser Karl dem Großen, der die Bevölkerung eingesetzt, um das gesunkenen oder mangelnden Ansehen der Gesetze aufzurichten und ein Tribunal für Verbrechen ins Dasein zu rufen, die anderwärts durch die ordentlichen geistlichen und weltlichen Gerichte gerichtet werden konnten. Nur eine beschränkte Klasse von Verbrennen (etwa 12) war der Kompetenz der Bevölkerung unterworfen. Manche Stände waren von derselben ganz eximirt, und einzelne Individuen konnten durch besondere Kaiserliche Schutzbriefe vor der Verfolgung der Bevölkerung geschützt werden. Im Namen des Kaisers wurde Recht gesprochen. Der Stuhlherr, gewöhnlich ein Fürst oder Graf, hatte die oberste Leitung, dessen Sprengel oder Freigrafschaft mehrere Freistädte enthielt, welchen leiteten ein Freigraf vorstand; diesem zur Seite standen die Bevölkerung, Freistädte genannt, deren wenigstens 7 sein mußten. Die Sitzungen hielten Freifeste und wurden stets zu bestimmten Zeiten des Jahres öffentlich unter freiem Himmel, gewöhnlich unter einem Baume, gehalten. Nur unter gewissen besonderen Umständen wurde die Offenheitlichkeit der Sitzung in eine heimliche, nicht aber, wie allgemein angenommen wird, in eine heimliche verwandelt. Als Ankläger konnte Tiedemann erscheinen, wenn er die Beweise für die Anklage beibrachte, oder ein Freischöffe die Anklage zu seinen Gunsten und die Wahrheit derselben in seinen Schöffens nahm. Die Freischöffen, deren im Reiche mehr als 100,000 an allen Orten verbreitet lebten, erkannten einander an gewissen Zeichen und Lofungen, welche den Nichteingeweihten unbekannt waren; jene hielten daher auch Wissende und waren durch einen furchtbaren Eid gebunden. Sie mußten geloben: „die heilige Bevölkerung zu helfen und zu vertheidigen vor Weib und Kind, vor Vater und Mutter, vor Schwester und Bruder, vor Feuer und Wind, vor Klem, was die Sonne beschient, der Regen neigt, vor Allem, was zwischen Himmel und Erde ist.“ Dem Angeklagten wurde durch einen Freischöffen eine Vorladung überbrückt; war er diesem nicht zugänglich, so konnte die Vorladung an seine Wohnung genagelt werden. Eschien er auf gesuchte Vorladung nicht, so wurde dieselbe in Zwischenräumen von je 6 Wochen und 3 Tagen dreimal erneuert, und erst dann die Acht über ihn ausgesprochen. Mit der Ausführung der lehren wurden Schöffens beauftragt, die den Gescäften an den nächsten Baum anknüpften und zum Zeichen, daß kein Mord an ihm verübt worden, wurde in dessen Nähe ein Messer gelegt. Das Aufknippen geschah nicht mittels eines Strickes, sondern an Ruten, dahin der Name: Bevölkerung. Die Blüthe der Bevölkerung, und freilich auch ihr Schrecken, dauerte durch das ganze Mittelalter bis ins 15te Jahrhundert. Da begannen ihre Übergriffe und mit diesen an Ruthen, während sie stand nicht an, gegen ihre Kompetenz, ganze Städte, Korporationen (ein deutsches Ritterorden in Preußen sogar) und die verschiedensten Verbrechen und Vergehen vor ihr Forum zu ziehen. Kaiser Sigismund (1410—1437) sah sich daher veranlaßt, geihre Willkür einzuschreiten. Er beauftragte zunächst den Erzbischof Günther von Köln mit einer Untersuchung resp. Reform der Institution. Seine anderen weitverbreiteten Verwicklungen in- u. außerhalb des Reiches verhinderten die Ausführung der Reform. Sein Nachfolger Albrecht II. (1437—1439) regierte zu kurze Zeit, um die Absichten seines Vorgängers durchzuführen und der demächtige Kaiser Friedrich III. (1440—1493) war zu ohnmächtig, als daß er nebst den übrigen Wieren im Reiche den Übergriffen der Bevölkerung mit nachdrücklichem Erfolge hätte Schranken setzen können. Erst Kaiser Maximilian I. (1493—1519) gelang es, durch den zu Stande gebrachten ewigen Landfrieden und durch Einspeisung des Reichskammergerichts mit der Beschränkung der Kompetenz auch die bisher geübte Macht und den Schrecken der Bevölkerung zu brechen. Seit der Zeit erschien diese nur noch in der Blüthe ihrer früheren Bedeutung und artete allmählig zu einer wahren Spielerlei und zu kindlichen Förmlichkeiten aus. Das letzte Freiheitling wurde nach der noch vorhandenen Urkunde im Z. 1803 gehalten. Die Errichtung des Königreichs Westfalen nebst den andern napoleonischen Schöpfungen machte endlich der ganzen Institution ein Ende. Eine Anzahl Freischöffen soll noch gegenwärtig am Leben sein. — Der Vortragende begleitete seine interessante Darstellung durch stete Recitirung der Quellen, Urkunden und sorgfältig gesammelte Belege, und erweckte ein lebhafteres Bild von dem Gegenstande seines Vortrages durch Darlegung einiger von der Bevölkerung handelnder Prozeduren von hervorragenderem Interesse.

Dem Herrn Theater-Direktor Keller aus Glogau ist durch Oberpräsidial-Befreiung die Konzession für das Stadttheater in Posen nebst der für die Städte Bromberg und Lissa zunächst auf 2 Jahre, vom 1. April ab, übertragen worden. Wir haben wohlgebrüderliche Ursache, uns dieser Nachricht zu freuen; denn Herr Keller hat uns durch mehrwöchentliche Vorstellungen im vergangenen Herbst Beweise von seinem Bestreben geleistet, wie sehr es ihm darum zu thun ist, den guten Ruf der unter seiner Leitung stehenden Gesellschaft sowohl durch gediegene Leistungen, als durch die anständigste äußere Haltung der Mitglieder der Gesellschaft zu bewahren. — Großes Aufsehen verurteilte hier fortlaufend das plötzliche Verschwinden eines hiesigen jungen Mannes aus höchst achtbarer Familie, der mit Zurücklassung ansehnlicher Schulden (wie es heißt über 12,000 Thlr.) seit Sonntag Mittag vermisst wird. Von seinen Gläubigern in der jüngsten Zeit hart bedrängt, soll ihm kein anderer Ausweg geblieben sein, als sich dem Vereiche ihrer Verfolgungen zu entziehen und das Weite zu suchen. Vor kaum 8 Wochen feierte er seine Vermählung mit einem überaus liebenswürdigen, allgemein

geschätzten jungen Mädchen aus einem gleichfalls sehr achtbaren hiesigen Hause. Die leichtsinnige Handlungswise des jungen Mannes soll leider auch für andere hiesige Häuser von nachhaftem Verlust begleitet sein, namentlich dessen ehrbarer, alter Vater hat davon betroffen werden. — Am Freitag Abend verschied hier nach längern Leiden der hiesige Königlich-Kreisgerichts-Salarien- und Depositalkassen-Kendant, Herr Rechnungs-Rath Aug. Tiedemann, in einem Alter von 63 Jahren. Der Dahingeschiedene gehörte zu den geschätztesten Mitgliedern des hiesigen Beamtenstandes, und zeichnete sich durch Mildthätigkeit und einen ungeheuchelten, echt humanen Sinn aus. Nach einer vorangegangenen Totdenfeier in der hiesigen evangelischen Kreuzkirche, wurde gestern die Leiche nach Fraustadt abgeführt, um in dem dazigen Familienbegäbnisse des Verstorbenen beigesetzt zu werden.

Schweiz.

Zürich, 11. Februar. Von der Schweizerlegion in Smyrna hat die „N. 3. B.“ Berichte bis zum 26. v. M. Das Wichtigste ist, daß ihre Anwesenheit der türkischen Polizei Muth giebt, den Räubern der Umgegend ernster zu Leibe zu gehen. Es sind einer Anzahl derselben die Köpfe vor die Füße gelegt worden. Es heißt, die Legion werde auch nach allfälligen Friedensschluß im engl. Dienst behalten, weil die Regierung großen Werth auf ihren Besitz lege, und deshalb dauerten auch die Werbungen fort. — In Lausanne will man, laut der „Gaz.“, am Sonnabend Morgen nach 7 Uhr einen ziemlich bedeutenden Erdstoß bemerkt haben. (F. Postz.)

Breslau, 15. Februar. [Polizeiliches.] Es wurden gestohlen; aus dem Hause Nr. 2 zu Klein-Kleßkau 2 Stück noch nicht gebrauchte, große Schäre zu einer Otto'schen Ziternmaschine, sechs Stück ebenfalls noch neue, jedoch kleinere Schäre, drei derselben mit eisernen Stielen, die übrigen drei als Doublette, ohne Stiel, und endlich eine eiserne Kette von Hundestall; Messergasse Nr. 14 ein eiserner 8-quärtiger Tropf; Schuhbrücke Nr. 15 ein Wagen-Schlüssel von blauem Tuch und mit Schlüsseln gepolstert; Weiderstraße Nr. 10 1 blauer Tuchmantel mit Plüschkragen und schwarz und braun farbigem Flanellfutter, 1 schwarzer Tuch-Paletot, 1 Paar grautuchene Extra-Militärkleidung, 1 Paar schwarze Büttingtlinge-beimkleider, 1 blauer Tuchrock mit schwarzer Sammettragen, 1 schwarzes Halstuch, 1 Mannshemd, gez. S., 4 weiße Taschentücher, gez. „Pauline“, 2 Handtücher, mehrere buntkattune Hals- und Taschentücher, 1 Bett-Inlet; 2 Schrotfäcke, gez. „Kleinert“, 4 Pf. Waschseife und eine Quantität geräucherter Schweinefleisch, im Werthe von 8 Thlr.; von dem am Hause Oderstr. Nr. 18 angebrachten zinken Rohr ein Stück von ca. 6 Fuß; Oderstr. Nr. 47 von der im Hause angebrachten Dachröhre ebenfalls ein Stück von ca. 5 Fuß; Ring Nr. 3 ein kupferner großer Waschkessel; Messergasse Nr. 12 drei leinene Betttücher, gez. L. R., 6 Mannshenden, gez. T. W., 6 Frauenhenden, gez. E. R., 3 Paar Unterbeinkleider und 6 Taschentücher, gez. E. R.; Breitestr. Nr. 29 ein messinger Leuchter; Weidenstr. Nr. 5 eine Kaffeemühle.

Gefunden wurde: Ein katholisches Gebetbuch.

Verloren wurde: Eine silberne Bufenabel.

[Unglücksfall.] Am 12. d. M. Vormittags stürzte ein hiesiger Zimmergenoss während seiner Beschäftigung beim Neubau eines Hauses in der Palmstraße aus der Höhe eines Stockwerkes in das Erdgeschoss hinab und beschädigte sich hierbei so stark am Kopfe, daß er wenige Stunden darauf im Hospital Allerheiligen, wohin er per Droschke geschafft worden war, starb. Er hinterläßt eine Frau mit einem 10 Jahr alten Kinder. (Pol. Bl.)

Berliner Börse vom 14. Februar 1856.

Fonds-Course.	

<tbl